

Für eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik

Eugen Loderer, geboren 1920 in Heidenheim/Brenz, ist seit 1972
Erster Vorsitzender der IG Metall.

Zur grundsätzlichen beschäftigungspolitischen Konstellation

In unserer Gesellschaft gibt es ein Recht auf Arbeit als politisches Programm. Es ist festgeschrieben in internationalen Vereinbarungen und nationalen Gesetzen, im Godesberger Programm der SPD und im neuen Grundsatzprogramm des DGB. In unserer Gesellschaft gibt es gleichzeitig Arbeitslosigkeit als gesellschaftliche Realität. Die Zahl der Arbeitnehmer, die vom Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffen sind, hat die Millionengrenze längst überschritten. Die Zahl der Arbeitnehmer, die vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht ist, erreicht eine ungleich größere Dimension. Dieser Widerspruch zwischen politischem Programm und gesellschaftlicher Wirklichkeit darf nicht hingenommen werden. Er muß durch entschlossene wirtschafts- und beschäftigungspolitische Initiativen im Interesse der Arbeitnehmer überwunden werden.

Die Arbeitslosigkeit hat grundlegende strukturelle Ursachen. Ich nenne die drei wichtigsten:

1. Wir sind konfrontiert mit den Hinterlassenschaften der Rezession von 1974/75. Unabhängig vom Auf und Ab der Konjunktur, vom Auf und Ab der Gewinne hat sich die Unternehmerwirtschaft als unfähig zur Überwindung des Beschäftigungsdefizits erwiesen.
2. Die Wachstumsbedingungen der Wirtschaft haben sich geändert. Selbst auf mittlere und längere Sicht werden die Steigerungsraten der Produktion kleiner bleiben als die Steigerungsraten der Produktivität. Wegen dieser Schere zwischen Wachstum und Produktivität wird sich das Angebot an Arbeitsplätzen verringern.

3. Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich geändert. Die inländische Wohnbevölkerung sinkt. Das inländische Erwerbspersonenpotential steigt. Wegen dieser Schere zwischen Wohnbevölkerung und Erwerbsbevölkerung wird sich die Nachfrage nach Arbeitsplätzen vergrößern.

Darauf sind grundsätzliche politische Antworten notwendig. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Wir brauchen mehr und besseres Wachstum. Das erfordert nicht Steuergeschenke für private Unternehmen, sondern öffentliche Investitionsprogramme. Das erfordert nicht Lohnpausen, sondern angemessene Einkommenssteigerungen.

Wir brauchen einen wirksamen Schutz vor den menschen- und beschäftigungsfeindlichen Wirkungen der unternehmerischen Rationalisierungspraxis. Produktivitätssteigerungen durch beschleunigtes Arbeitstempo und wachsende Arbeitshetze müssen im Interesse der Arbeitnehmer bekämpft werden. Produktivitätssteigerungen durch technischen Wandel dürfen nicht für die Erhöhung der Unternehmensgewinne, sondern müssen für die Sicherung von Arbeitsplätzen verwendet werden.

Wir brauchen umfassende Aktivitäten zur Verkürzung der Arbeitszeit. Dafür gibt es gesellschaftspolitische Gründe. Gemeint ist der Schutz der menschlichen Arbeitskraft vor Verschleiß. Gemeint ist die Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am kulturellen und sozialen Leben. Das ist heute so aktuell wie eh und je. Dafür gibt es zugleich beschäftigungspolitische Gründe. Gemeint ist die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Schultern. Das ist heute noch aktueller als in der Vergangenheit.

Notwendig sind qualitatives Wachstum, soziale Produktivitätskontrolle und Arbeitszeitverkürzungen im weitesten Sinne. Das alles trägt zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Verminderung der Beschäftigungsrisiken bei. Es liegt gleichermaßen im Interesse der beschäftigten und der arbeitslosen Arbeitnehmer.

Das ist nicht nur Sache der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, sondern auch und zuerst Gegenstand der staatlichen Wirtschaftspolitik. Gefordert sind nicht nur die Gewerkschaften. Gefordert sind vor allem die Politiker. Das alles stößt sich aber auch mit unternehmerischen Gewinn- und Machtinteressen. Es wird letztlich nur gegen unternehmerischen Widerstand durchzusetzen sein. Deswegen müssen wir die gewerkschaftliche Kraft mobilisieren. Deswegen müssen wir vor allem den Politikern auf die Sprünge helfen.

Zur aktuellen beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Lage

Teils im Zusammenhang mit, teils losgelöst von den strukturellen Ursachen ist es zu einer dramatischen Zuspitzung der Beschäftigungskrise in der Gegenwart ge-

kommen. Politische Schwierigkeiten sind die Folge wirtschaftlicher Probleme. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen konjunkturbedingt gesunkener Inlandsnachfrage und kursbedingt gestiegener Auslandsnachfrage. Die Inlandsnachfrage geht zurück. Das ist das Resultat der schlechten Konjunktur. Die Auslandsnachfrage steigt. Das hängt mit dem Sondereinfluß des Wechselkurses zusammen. Die Talsohle des Abschwungs ist keineswegs durchschritten. Von den sogenannten Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft wird die Wende zum Besseren nicht kommen.

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist zweitens gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen stagnierender Produktion und schrumpfender Beschäftigung. Wir haben einen alarmierenden Beschäftigungseinbruch hinter uns. In der Gesamtwirtschaft liegt die Arbeitslosenzahl über dem Tiefpunkt der letzten Rezession. In der Metallwirtschaft nähert sie sich diesem Tiefpunkt. Wir haben zusätzliche beschäftigungspolitische Schwierigkeiten vor uns. Sie werden selbst im Falle eines Aufschwungs nicht verschwinden. Sie können nur durch entschlossenes Gegensteuern gemildert werden.

Die aktuelle Entwicklung ist drittens gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen gestiegenem beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf und gesunkenem beschäftigungspolitischen Handlungswillen. Das gilt zunächst im internationalen Rahmen. In den meisten Ländern ziehen sich die Regierungen aus ihrer Verantwortung für die Arbeitsplätze zurück. Die wirtschaftspolitische Rechte feiert wahre Triumphe. Sie setzt auf den Abbau der Staatsausgaben und auf Umverteilung zugunsten der Gewinne. Sie hält soziale Demontage und Reallohnsenkung für das Gebot der Stunde.

Das ist die Politik der britischen Premierministerin Thatcher. Sie hat ihr Land innerhalb von zwei Jahren in die schlimmste Krise seiner Geschichte gestürzt. Das ist zusammen mit massiven Aufrüstungsplänen die Politik des amerikanischen Präsidenten Reagan. Sie hat hunderttausende von Gewerkschaftern auf den Plan gerufen, die am Solidaritätstag vor dem Capitol demonstriert haben. Auch bei uns im Lande sind falsche Weichenstellungen vorgenommen worden. Die Bundesbank hat viel zu lange an der Politik des knappen Geldes und der hohen Zinsen festgehalten. Das hat bei den Preisen nichts genützt, bei der Beschäftigung aber viel geschadet. Von einem grundlegenden Kurswechsel der Frankfurter Währungshüter ist trotzdem nicht die Rede. Gleichzeitig gibt die Bundesregierung dem Konsolidierungsziel Vorrang gegenüber dem Vollbeschäftigungsziel. Damit besteht die Gefahr, daß die Beschäftigungskrise verschärft und die Finanzkrise nicht gemeistert wird.

Aktuelle wirtschaftspolitische Positionen der Gewerkschaften

Wir haben die Sparbeschlüsse der Bundesregierung unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten kritisiert. Auf der einen Seite stehen zusätzliche Belastungen für die Arbeitnehmer in Milliardenhöhe und die geplanten Einkommensverkürzungen im öffentlichen Dienst. Die IG Metall ist solidarisch mit den Kollegen des öffentlichen Dienstes, der Bahn und der Post. Die IG Metall hat aber auch im ureigensten Interesse protestiert. Hier droht ein Berufungsfall für die privaten Arbeitgeber.

Auf der anderen Seite stehen Kostensenkungen der Unternehmen in Milliardenhöhe. Sie ergeben sich vor allem aus Abschreibungserleichterungen nach dem Gießkannenprinzip. Daß diese Kosten- und Steuersenkungen Vorteile für die Wirtschaft bringen, ist sicher. Ob sie auch Arbeitsplätze bringen, ist mehr als unsicher. Die IG Metall hat eigene Schätzungen über die Verteilungseffekte der Sparbeschlüsse angestellt und veröffentlicht. Danach werden in 1982 per Saldo die Arbeitnehmer um 10,5 Milliarden, die Unternehmer und Selbständige um 0,7 Milliarden belastet. Danach werden per Saldo im Zeitraum 1982 bis 1985 insgesamt die Arbeitnehmer um 48,5 Milliarden DM belastet, die Unternehmen und Selbständigen dagegen um 2,9 Milliarden entlastet.

Diese Zahlen enthalten Schätzungen über die verteilungspolitische Wirkung der Erhöhung von Abschreibungsgrenzen für private Gebäude und der Erhöhung von indirekten Steuern. Diese Zahlen klammern das Stahlprogramm und die Koks-kohlenbeihilfe ebenso aus wie die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4 %. Diese Zahlen stützen sich durchweg auf die Veröffentlichungen der Bundesregierung selbst zu den Spareffekten in allen öffentlichen Haushalten. Sie mögen also in Einzelheiten kritisierbar sein. Sie lassen keinen Zweifel an der fehlenden sozialen Ausgewogenheit der Sparbeschlüsse.

Wir haben darüber hinaus die Sparbeschlüsse unter beschäftigungspolitischen Aspekten kritisiert. Sie stellen unter ökonomischen und politischen Gesichtspunkten einen Schritt in die falsche Richtung dar. Das ist der Fall, weil der finanzpolitische Restriktionskurs vorhandene Beschäftigungsrisiken nicht mindert. Wachsende Arbeitslosigkeit bringt weniger Steuern und kostet mehr Geld. Sie droht das soziale Gefüge unseres Landes zu erschüttern. Die Schaffung von Arbeitsplätzen dagegen bringt zusätzliche Erwerbseinkommen und mehr Steuereinnahmen. Sie ist für die politische Stabilität des Landes unabdingbar.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich nicht auf die Kritik an den Regierungsplänen beschränkt. Sie haben rechtzeitig Alternativen vorgelegt und vertreten. Von der Bundesbank haben wir eine Abkehr von ihrer Hochzinspolitik gefordert. Dabei bleibt es auch und gerade heute. Von der Bundesregierung haben wir ein wirksames mittelfristiges Investitions- und Arbeitsprogramm gefordert. Davon rücken wir nicht einen Millimeter ab.

Der DGB hielt und hält ein langfristiges Investitionsprogramm von 10 Milliarden DM pro Jahr auf die Dauer von fünf Jahren für notwendig. Damit soll dem programmierten dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahrzehnt entgegengewirkt werden. Damit soll die Lebens- und Umweltqualität in der Bundesrepublik verbessert werden. Schwerpunkt dieses Beschäftigungsprogramms vom März 1981 sind öffentliche Aktivitäten auf den Feldern der Energieeinsparung und der rationellen Energieverwendung, des Wohnungs- und Städtebaus, des Verkehrs und des Umweltschutzes, der Bildung und der beruflichen Bildung sowie der Forschung und Technologie.

Die Gewerkschaften haben darüber hinaus eigene Vorschläge gemacht über die Finanzierung eines solchen Beschäftigungsprogramms. Ich verweise nicht nur auf den Selbstfinanzierungseffekt öffentlicher Investitionen. Ich verweise darüber hinaus auf die Forderung nach einer Ergänzungsabgabe mit Einkommensgrenzen, vor allem aber auf die Forderung nach einer Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen. Ich verweise nicht zuletzt auf die Notwendigkeit, vorhandene Steuerrückstände energischer beizutreiben und die Wirtschaftskriminalität entschlossen zu bekämpfen. Mit alledem könnten Millionen von Kleinverdienern geschont werden und Milliarden von Geldern für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mobilisiert werden.

Unübersehbar ist, daß sich die geld- und finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten selbst im Rahmen der herrschenden Ideologie verbreitert haben, daß die außenwirtschaftlichen Vorwände für die Restriktionspolitik von Bundesbank und Bundesregierung zunehmend weggefallen sind und weiter wegfallen werden. Der Handlungsspielraum für die Geldpolitik der Bundesbank wächst nicht nur wegen des Zinsrückgangs in den USA. Er wächst vor allem, weil mit der Durchsetzung von Aufwertungserwartungen die Abkoppelung des deutschen vom ausländischen Zinsniveau zunehmend erleichtert wird.

Der Handlungsspielraum für die Finanzpolitik steigt nicht nur deswegen, weil Zinssenkungen eine zusätzliche Nettokreditaufnahme erleichtern. Er steigt vor allem, weil sich der Abbau des Leistungsbilanzdefizits bei steigenden Exporten, weitgehend stabilen Einfuhrpreisen und kursbedingt anhaltenden Grenzen der japanischen Importkonkurrenz fortsetzen wird.

Es ist zugleich unübersehbar, daß die Interessen der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen, daß partei- und gewerkschaftspolitische Belange eine wirtschaftspolitische Wende erfordern. Entscheidend ist letztlich nicht der heute hochgespielte Gegensatz zwischen angebots- und nachfrageorientierten Konzepten der Wirtschaftspolitik. Entscheidend ist vielmehr der Gegensatz zwischen kapital- und arbeitsorientierter Wirtschaftspolitik. Wir kritisieren die amtliche Wirtschaftspolitik nicht zuerst deswegen, weil sie auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen

setzt und die Verschlechterung der Nachfragebedingungen in Kauf nimmt. Wir kritisieren sie zuallererst, weil Politik für die Unternehmer gemacht wird, obwohl Politik für die Arbeitnehmer gemacht werden müßte.

Grundsätzliche wirtschaftspolitische Positionen der Gewerkschaften

Auf der einen Seite haben die veränderten Wachstumsbedingungen der Wirtschaft und die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosenzahl und damit zu einer nachhaltigen Verletzung des Vollbeschäftigungsziels geführt. Auf der anderen Seite haben sich die überlieferten wirtschaftspolitischen Ideologien und die herkömmlichen wirtschaftspolitischen Konzepte zur Überwindung der Beschäftigungskrise als untauglich erwiesen.

Der DGB wendet sich — gestützt auf praktische Erfahrungen im In- und Ausland — gegen alle Vorstellungen einer kapitalorientierten Wirtschaftspolitik, die lediglich zu einer Umverteilung zugunsten der Gewinne, nicht aber zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen können. Darunter fällt:

- die Ideologie von den sogenannten Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft. Solange die Steuerung von Produktion und Investitionen ausschließlich nach den Gewinninteressen der Arbeitgeber erfolgt, sind beschäftigungs- und preispolitische Fehlentwicklungen nicht dauerhaft zu vermeiden. Eine Politik der Vertrauenswerbung beim nationalen und internationalen Kapital unter Berufung auf angebliche außenwirtschaftliche Sachzwänge verschleiert lediglich den Rückzug des Staates aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung;
- das Konzept der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Eine Politik der Kostensenkung für private Unternehmen durch staatliche Subventionen und soziale Demontage kann konjunktur- und strukturbedingte Absatzschwierigkeiten und ihre negativen beschäftigungspolitischen Konsequenzen nicht überwinden;
- die restriktive Geldpolitik der Bundesbank und die restriktive Finanzpolitik der öffentlichen Hände, die mit der sogenannten Operation '82 eingeleitet worden ist. Sie hat nicht nur durch die Begünstigung der Unternehmen und die Benachteiligung der Arbeitnehmer gegen den Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit verstoßen. Sie droht darüber hinaus mit zusätzlichen Wachstumsdefiziten und weiteren Beschäftigungseinbußen;
- die Forderung nach einer Unterordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik unter unternehmerische Gewinninteressen. Das Arbeitgeberkonzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, erst recht aber der Ruf nach einer Lohnpause sind nicht nur sozial unzumutbar, sondern auch ökonomisch sinnlos. Die Übernahme solcher Parolen durch Politiker und Wissenschaftler läuft auf die Unterstützung unternehmerischer Positionen unter dem Deckmantel von Unabhängigkeit und Neutralität hinaus.

Der DGB fordert stattdessen mit Nachdruck eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie muß der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse ohne Bedenken Vorrang einräumen. Praktische Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Vollbeschäftigung erfordern die schrittweise Einschränkung der alleinigen unternehmerischen Verfügungsgewalt über Produktion und Preise, über Investitionen und Arbeitsplätze. Sie erfordern die zunehmende Verpflichtung der Unternehmen auf soziale und gesellschaftliche Belange. Dazu bedarf es einer grundlegenden Neuorientierung auf den Handlungsfeldern der Bundesbank und der Finanzpolitik. Dazu bedarf es zugleich eines wachsenden Engagements für gesellschaftliche Reformkonzeptionen.